

Stellungnahme von Ariane Müller, die wegen ihrer Demo-Anmeldung für Daniela Klette masiv verfolgt wird:

Gesendet: Samstag, 30. März 2024 um 07:50 Uhr

Von: hamburg@political-prisoners.net

An: Alle

Betreff: [omni-info] Kurzes Protokoll der Menschenjagd auf meine Person ab dem 14.März 2024.

Ich bin Ariane Müller, Krankenschwester seit fast 50 Jahren, Betriebsrätin, aktiv in der Gewerkschaft verdi, politisch aktiv seit 1967. 2021 wurde ich vom Bremer Landesfrauenrat neben weiteren Frauen zur „Bremer Frau des Jahres“ gewählt, siehe Anhang.

Nach der Verhaftung von Daniela Klette am 26.2.2024 in Berlin, wurde sie nach Verden zur Vernehmung gebracht. Die dort zuständige Staatsanwaltschaft verkündete ihr den Haftbefehl. Anschließend wurde sie in der JVA Vechta für Frauen eingesperrt. Es gibt in Niedersachsen 2 Frauenknäste, eins in Vechta und das andere, ein kleineres, in Hildesheim. Am 7.3. 2024 wurde sie per Hubschrauber nach Karlsruhe geflogen, wo die Bundesanwaltschaft ihr einen weiteren Haftbefehl verkündet hat. Anschließend wurde sie wieder zurück nach Vechta gebracht.

Gleich am 27.2.2024 habe ich Daniela einen ersten Brief geschrieben, am 8.3.2024 den nächsten. Ob beide Briefe inzwischen Daniela erreicht hat, weiß ich nicht (Stand 25.3.2024). für mich war aber sofort nach ihrer Festnahme klar, ich bin solidarisch mit Daniela. Besuchsanträge habe ich auch schon gestellt. Einige Freunde und Bekannte aus verschiedenen Städten in Deutschland sind ebenfalls solidarisch mit ihr. So haben wir uns in einer „lockeren“ Gruppe: Solidarität mit Daniela zusammengefunden. Es war für uns Konsens, zum Tag der politischen Gefangenen am 18. März eine Kundgebung vor dem Knast in Vechta zu organisieren. Wir haben uns für den Sonntag, d. 17. März entschieden, damit einige Genoss*innen aus weiter entfernten Orten nach Vechta fahren können. Uns war klar, dass nicht so viele kommen werden, weil gerade an diesem Wochenende bzw. am Montag in vielen Städten Demos, Kundgebungen, Veranstaltungen geplant waren. Für uns war das wichtigste, eine erste Kundgebung für Daniela zu organisieren, praktische und öffentliche Solidarität zu zeigen. Eine weitere soll am 14. April nach Ostern erfolgen. Da ich die einzige aus dieser Gruppe bin, die hier in der Nähe von Vechta wohnt und gute Ortskenntnisse von Vechta habe, habe ich die Kundgebung angemeldet. Ich hatte angegeben dass zwischen 50 und 100 Menschen zur Kundgebung

kommen werden. In Niedersachsen gibt es ein Gesetz, das bei einer Demo/Kundgebung ab 50 Teilnehmer*innen eine Lautsprecheranlage mitgeführt werden darf.

Ein Aufruf ist dann in unseren Kreisen verfasst und verteilt worden. Eine große Verbreitung erfolgte durch dpa, die den Aufruf bekommen hatte. Beim Radiosender Dreyeckland und in der jungen Welt habe ich Interviews gegeben. Am 13.3.2024 hatte ich in Vechta mit dem dortigen Ordnungsamt (4 Leute) und der Polizei Vechta (2 Beamte) ein Gespräch, um über Einzelheiten der Kundgebung zu sprechen, welche Auflagen werden erteilt und so weiter. Dieses Gespräch verlief problemlos.

Am 11.3.2024 selbst wurde der Aufruf durch die deutsche Presseagentur (dpa) verbreitet. Noch am gleichen Tage veröffentlichten fast alle Medien den dpa Bericht. In dieser Meldung gab es keinen einzigen Hinweis auf die Anmelderin und ihren Wohnort bzw. zu ihrer Arbeitsstätte.

Erst am 14.3.2024 berichtete der Weser-Kurier (Tageszeitung in Bremen) am späten Vormittag online, dass die Anmelderin freigestellte Betriebsrätin im Klinikum Bremen Mitte (KBM) ist. Andere Bremer Medien zogen recht schnell nach wie buten und binnen

(Regionaler Sender der ARD), Radio Bremen und nannten meinen vollen Namen. Es gab dann Krisensitzungen zwischen der Gesundheit Nord (GeNo)-Geschäftsführung und dem KBM-Betriebsrat. Die Gesundheit Nord ist ein kommunaler Klinikverbund mit 4 Krankenhäusern. Die Geno veröffentlichte sofort eine Pressemitteilung und distanzierte sich von mir, ebenfalls der Betriebsrat. Dieser hatte nichts Besseres zu tun als gleich für den nächsten Tag (Freitag 15.3.) eine Sonderbetriebsratssitzung um 8 Uhr morgens einzuberufen mit dem einzigen Tagesordnungspunkt meine Abwahl als freigestellte Betriebsrätin. Dies war die Voraussetzung, dass die Geschäftsführung mich am Montag, d. 18.3. von der Arbeit am Patientenbett freistellte. Der Betriebsrat und der Betriebsratsvorsitzender Manfred Kölsch haben regelrecht die Geschäftsführung aufgefordert, gegen mich vorzugehen. Den anderen freigestellten Betriebsratsmitgliedern hatte ich Anfang März kurz erzählt, dass ich eine Kundgebung zu Daniela anmelden werde und dass ich ihr einen Brief geschrieben habe. Es ist klar, eine Person hatte mich beim Weser-Kurier und bei der GeNo-Geschäftsführung angeschwärzt

Ich musste nach der erfolgten Abwahl meine Arbeitskraft am Patientenbett wieder zur Verfügung stellen. Durch diese Freistellung darf ich seitdem nur

noch am Mittwoch als Betriebsratsmitglied an der Betriebsratssitzung teilnehmen. An den übrigen Tagen habe ich Hausverbot und darf generell keinen Kontakt zu den Kolleg*innen aufnehmen. Meine E-Mail-Adresse ist gesperrt worden, die Tagesordnungen zu den Betriebsratssitzungen bekomme ich nicht mehr. Es ist faktisch ein Berufsverbot ohne rechtliche Handhabung. Diese Freistellung wurde mir am 18.3. gegen 14.30 Uhr telefonisch mitgeteilt, gleichzeitig ging diese als Pressemitteilung raus. Ich selbst habe erst gegen 17 Uhr die Freistellung in schriftlicher Form im Briefkasten vorgefunden. Hier wird deutlich, dass der Betriebsrat und die Geschäftsführung Hand in Hand zusammen arbeiteten. Unter den Beschäftigten geht seit Jahren das Gerücht rum, die beiden Seiten kuscheln seit Jahren auf dem Sofa. Fakt ist: die beiden Seiten möchten eine unbequeme, kritische Betriebsrätin loswerden, die sich wirklich um die Belange der Kolleg*innen kümmert und dafür gesorgt hat, dass die verdi-Betriebsgruppe am KBM wieder aktiv geworden ist. Es hat sie maßlos geärgert, dass ich als Rentnerin einen unbefristeten Arbeitsvertrag habe. Jetzt sahen wohl die Geschäftsführung der GeNo und der Betriebsrat im KBM ihre Chance, mir so richtig eins auszuwischen. Es liegt auf der Hand, wer mich beim Weser-Kurier anschwärzte und so die Menschenjagd auf mich eröffnete. Der

Betriebsrat sagt ganz klar, wer gegenüber einer Mörderin (!) solidarisch ist, hat im Betriebsrat und im Krankenhaus nichts zu suchen und müsste entfernt werden. Drei verdi-Betriebsratsmitglieder haben sogar verdi aufgefordert, mich umgehend aus der Gewerkschaft rauszuschmeißen. Auch wenn verdi-Funktionäre persönlich sich solidarisch zeigen, fehlt ein offizielles Statement von verdi.

Was auch klar ist, die GeNo-Leitung und der KBM-Betriebsrat haben meine Aktivitäten in meiner Freizeit in Verbindung gebracht mit dem Krankenhaus und dies auch so öffentlich gemacht. Sie selbst haben dafür gesorgt, dass das Klinikum Bremen Mitte in den öffentlichen Focus gerückt war.

Einige Absurditäten am Rande: Die FDP Bremen möchte mir wieder den Titel „Bremer Frau des Jahres 2021“ aberkennen.

Zwei Freundinnen, die in einem Bündnis gegen Rechts sind, wurden aus der Gruppe rausgeschmissen, weil sie sich mit mir solidarisiert haben.

Ich habe sehr viel Solidarität erfahren, von Kolleg*innen aus dem KBM, Freunde, Bekannte und und und. Sehr stark fand ich einen Arzt vom KBM, der in Bremen wohnt und gleich am 16. März über 30 Kilometer gefahren ist, um mir persönlich seine Solidarität zu

überbringen.

Es gibt zwei Prodestmusterbriefe

Wir wollen unseren Protest gegen diesen Angriff auf das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit ausdrücken. Die Disziplinierung ist eindeutig eine Einschüchterungsmaßnahme - und stellvertretend auch an andere linke Kolleg*innen gerichtet. Bitte schreibt Protestmails an die Geschäftsführung (dorothea.dreizehnter@gesundheitnord.de) und den Betriebsrat (betriebsrat@klinikum-bremen-mitte.de), mit uns.reichts.bremen@t-online.de im CC, gerne auch als Gruppe, Organisation, Gewerkschaftsgliederung oder Betriebsrat. Eine Vorlage dafür findet ihr hier:

Brief an die Geschäftsführung:

https://docs.google.com/document/d/1yJ_RrQjSUSwksK7TDjNow-ynA1JpmaERbDOkdkdHcKA/edit

Brief an den Betriebsrat:

<https://docs.google.com/document/d/1cXJ7C3JzWXO27ySJv78Fxl1IUgWQDQyytINfzO1pdCs/edit?usp=sharing>

Wenn in absehbarer Zeit kein offizielles verdi-Statement geben sollte, müsste es auch Prodestbriefe an verdi geben.

Ich habe inzwischen Rechtsanwält*innen eingeschaltet.

--- To unsubscribe: List help: